

Antrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Katrin Göring-Eckardt (LV Thüringen)

Tagesordnungspunkt: Verschiedenes

1 **Seenotrettung jetzt**

Europa ist in diesen Tagen in eine existenzielle Krise geraten. Durch eigenes Verschulden steht Europa als demokratischer, solidarischer und der Humanität verpflichteter Kontinent in Frage. Es sind nicht Hunderte oder Tausende, es sind inzwischen mindestens 23.000 Flüchtlinge im Mittelmeer zu Tode gekommen. Es sind Flüchtlinge, die aus Kriegs- und Krisengebieten nach Europa kommen, aus Syrien, aus dem Irak, Eritrea, Afghanistan und vielen weiteren Staaten. Es waren Flüchtlinge. Jetzt sind es die Toten der Europäischen Union. Abschottung war wichtiger als Menschlichkeit. Die deutsche Position, den Schleppern durch ausbleibende Seenotrettung das Handwerk zu erschweren, haben diese Menschen mit ihrem Leben bezahlt. Weil die Europäische Union nicht bereit war, einen zweistelligen Millionenbetrag bereit zu stellen und für sichere Wege in die Europäische Union zu sorgen, starben Männer, Frauen und viele Kinder. Heute kann niemand sagen, man wusste ja nicht, was passieren würde. Nicht nur wir Grüne, auch viele NGOs, Hilfsorganisationen, die beiden großen Kirchen, viele Experten, aber auch Verantwortliche vor Ort in Sizilien und Süditalien, Griechenland und Malta haben voraus gesagt und gewarnt, dass ohne Seenotrettung genau dieses massenhafte Sterben passieren würde. Deutschland und andere Mitgliedstaaten können sich ihrer Verantwortung nicht einfach entledigen. Im Gegenteil: Durch die massive technische Aufrüstung der Grenzschutzagentur FRONTEX registrieren die europäischen Grenzschutzbehörden ganz genau, welche menschlichen Tragödien sich an den Außengrenzen abspielen. Europa nimmt dies durch immer mehr Abschottung, unterlassene Hilfeleistung und bewusstes Wegschauen billigend in Kauf und ist somit zu einem großen Teil mitverantwortlich für den qualvollen Tod tausender Menschen.

Die auf dem EU-Gipfel vom 23. April 2015 gefassten Beschlüsse reichen nicht aus, um den Flüchtlingen zu helfen. Die Staats- und RegierungschefInnen haben sich auf ein Programm geeinigt, das Flüchtlinge weiterhin unter allen Umständen von

29 der Flucht abhalten soll. Mit der Beibehaltung von Triton ist eben kein neues
30 Seenotrettungsprogramm nach dem Vorbild von Mare Nostrum aufgelegt worden. Dass
31 die EU an dem gescheiterten Programm Triton festhält, ist bezeichnend. Triton
32 ist ein Grenzsicherungsprogramm. Die Aufstockung der Mittel rettet zu wenige,
33 weil der Aktionsradius des Programms bewußt nicht ausgeweitet wurde. Ein
34 Grenzsicherungsprogramm ist kein Seenotrettungsprogramm. Die Schwerpunktsetzung
35 der Ratsbeschlüsse liegt nicht auf der Rettung von Menschenleben, sondern auf
36 der Bekämpfung von Schleppern. Die Logik, Schlepperboote als quasi militärische
37 Ziele zu bekämpfen, zwingt die Flüchtlinge auf noch unsichere Seefahrzeuge
38 auszuweichen. Eine Bekämpfung der Ursachen der Flucht versucht die EU nur
39 ansatzweise. Ein Resettlement-Programm für 5.000 Menschen ist angesichts von bis
40 zu einer Millionen wartender Flüchtlinge schlicht zu wenig.

41 Wir Grünen verlangen die Anstrengungen der EU deutlich zu erhöhen. Die
42 Mitgliedstaaten müssen sich an dem Seenotrettungsprogramm mit einer ausreichenden
43 Zahl von Schiffen und anderem Equipment beteiligen. Das Programm ist zeitlich
44 unbefristet einzurichten und auskömmlich zu finanzieren, es ist ein Primat der
45 Seenotrettung und Nothilfe vor der Strafverfolgung zu betreiben, den
46 Aktionsradius des Programms auf die Küsten Libyens auszuweiten und für sichere
47 Wege z.B. in Form der Einführung eines humanitären Visums zu sorgen.
48 Fluchtursachen müssen langfristig zu bekämpft werden. Eine Aufrüstung von
49 Frontex , wie sie die Europäischen Staats- und Regierungschefs beim europäischen
50 Migrationsgipfel am Donnerstag beschlossen haben, ist kein Ersatz für ein
51 humanitäres Seenotrettungsprogramm.

52 Europa und Deutschland haben die Pflicht, die humanitäre Katastrophe abzuwenden,
53 die derzeit täglich auf dem Mittelmeer stattfindet. Die steigende Zahl von
54 Flüchtlingen hat trotz absolut berechtigter Asylgründe keine realistische
55 Chance, europäisches Territorium überhaupt zu erreichen. Europa schirmt seine
56 Landgrenzen weiterhin systematisch ab und blendet damit Krieg und Vertreibung an
57 seinen Rändern aus. Flüchtlingen bleibt als einzig verbliebene Chance nur die
58 hoch gefährliche Flucht über das Mittelmeer. Im Rahmen der von der italienischen
59 Marine organisierten Rettungsaktion von Mare Nostrum wurden vom Beginn der
60 Aktion im Herbst 2013 bis zu deren Ende im Herbst vergangenen Jahres nach
61 unabhängigen Schätzungen bis zu 150.000 Menschen gerettet.

62 Nach nur einem Jahr seines Bestehens wurde auch auf Betreiben der
63 Bundesregierung Mare Nostrum nicht verlängert. Die EU-Mission Triton zielte von
64 Anbeginn nicht auf die Rettung von Schiffbrüchigen, sondern beschränkte sich auf
65 Beobachtung und Abschirmung der Grenzen. Deutschland und auch andere europäische
66 Partner haben sich damals mit dem Argument, es dürfe kein Anreiz für das
67 Schleusertum gesetzt werden, gegen eine Verlängerung des lebensrettenden
68 Programms eingesetzt. Gleichzeitig wurden keine alternativen und sicheren
69 Fluchtkorridore nach Europa geschaffen, damit Flüchtlinge ihr in Artikel 18 der
70 Europäischen Grundrechtecharta verbrieftes Recht auf Asyl überhaupt wahrnehmen
71 können. Ohne sichere und legale Fluchtwege bleibt den Schutzsuchenden aber
72 nichts anderes als der gefährliche Weg über das Mittelmeer. Wir Grüne fordern,
73 dass EU und Mitgliedsstaaten endlich legale Wege für Flüchtlinge in die EU
74 eröffnen. Dazu gehört, dass die Mitgliedstaaten sich viel stärker als bisher am
75 Resettlementprogramm des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen, UNHCR,
76 beteiligen müssen. Bisher wurden in der gesamten EU nur 37.000 syrische

77 Flüchtlinge aus den Nachbarländern Syriens über das Resettlmentprogramm
78 aufgenommen, obwohl das UNHCR nach mindestens 130.000 Plätzen sucht. Ein Drittel
79 der europäischen Mitgliedstaaten hat sich überhaupt nicht beteiligt. Das muss
80 sich ändern. Zudem müssen Mitgliedstaaten die vorhandenen Möglichkeiten zur
81 Erteilung für humanitäre Visa nutzen. Die Bundesregierung muss sich bei den
82 laufenden Verhandlungen zum europäischen Visakodex dafür einsetzen, dass es in
83 der EU starke, gemeinsame Regeln für humanitäre Visa gibt, statt sie zu
84 blockieren. Für Syrerinnen und Syrer muss die Visumpflicht aufgehoben werden.
85 Wir fordern darüber hinaus die Aktivierung der Richtlinie zum vorübergehenden
86 Schutz.

87 Nichts davon findet sich im Beschluss der Staats- und RegierungschefInnen zur
88 europäischen Migrationspolitik. Zwar sollen mehr Schiffe ins Mittelmeer
89 geschickt werden, jedoch nur im Rahmen der Frontex-Grenzschutzmission Triton und
90 ohne dass das Einsatzgebiet ausgeweitet wird. Triton wird auch weiterhin nur vor
91 der italienischen Küste patrouillieren. Die meisten Flüchtlinge geraten aber vor
92 der libyschen Küste in Seenot. Wir befürchten, dass es deshalb zu weiteren
93 Katastrophen kommen wird. Zudem hat der Gipfel ein beispielloses
94 Abschottungsprogramm beschlossen. Schlepperboote sollen mit militärischen
95 Mitteln noch vor dem Ablegen zerstört werden. Die Bundesregierung hat ihre
96 Beteiligung an der ins Auge gefassten Militäraktion schon zugesagt. Durch
97 Zusammenarbeit selbst mit Krisenstaaten wie Mali und Sudan wollen die
98 Mitgliedstaaten außerdem verhindern, dass sich Flüchtlinge überhaupt auf den Weg
99 an die nordafrikanischen Küsten machen. Sie wollen in Afrika eine vorgelagerte
100 Mauer um die Festung Europa ziehen.

101 Die katastrophalen Folgen dieser Abschottungspolitik für Leib und Leben der
102 Flüchtlinge waren absehbar und wurden wissentlich und willentlich in Kauf
103 genommen. Es war klar, dass Menschen, die ohne Hoffnung und materielle
104 Grundausrüstung am Rande Europas gestrandet sind, sich mangels
105 Rückkehrmöglichkeiten sehenden Auges der konkreten Gefahr des Ertrinkens
106 aussetzen würden. Das Auslaufen von Mare Nostrum war der Versuch, die
107 Schleuserkriminalität auf Kosten des Lebens Unschuldiger zu bekämpfen. Diese
108 Politik des Wegsehens hat Europa an einen Scheidepunkt gebracht. Humanität zählt
109 zu den Grundwerten des Europäischen Projekts und die Rettung Schiffbrüchiger ist
110 solidarische Pflicht seit Jahrhunderten. Europa muss das Konzept der Abschottung
111 sofort gegen ein effektives Instrument der Seenotrettung ablösen und endlich
112 legale und sichere Zugangswege für Flüchtlinge schaffen.

UnterstützerInnen

- Simone Peter
- Toni Hofreiter